

INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE

Arbeitsgruppe "Rechte der Frauen - Gewalt gegen Frauen"

IHR KÖRPER GEHÖRTE NICHT IHR,

wem diente er, gewissen einflußreichen und geltungsvollen Organisationen, die sie selber gar nicht übersieht:

der Biologie mit ihrem Quantitätsschwindel; der Soziologie mit ihren Klassenfälschungen; der Geschichtswissenschaft mit ihren Ergebnislosigkeiten; der Eugenik mit ihrem Feuilleton; der Medizin mit ihrer Biopsychose; der Politik mit ihrem Traum von der stärksten Hand an der Gurgel - mit einem Wort, dem Staat, der für das keimende Leben dies riesige Interesse bekundet, das er für das ausgekeimte dann schnell verliert.

Gottfried Benn

Wir kennen es alle, dieses Bild: Wenn Männer auf wichtigen Sitzungen über Für und Wider des Schwangerschaftsabbruches debattieren oder gar entscheiden und es dabei noch nicht einmal für bedenklich halten, daß keine Frau in ihrem Kreise vertreten ist.

Frauen, den eigentlich Betroffenen, wird es verwehrt, selbst zu entscheiden - als müßten die natürlichen Belastungen, die ein Kind mit sich bringt, nicht zum großen Teil von ihnen allein getragen werden. Noch immer glauben Politiker, Frauen seien nicht in der Lage, selbst eine verantwortliche Entscheidung über ihr Leben - ob mit oder ohne Kinder - zu treffen. Sie bevormunden uns, sie verfügen über uns, sie verweigern uns das Recht auf Selbstbestimmung - und sie nehmen unseren Kindern das Recht, erwünscht zu sein! Die ausschließlich weibliche Fähigkeit, Kinder zu gebären, ist der Anlaß für die Kontrolle von Frauen, mit der jahrhundertealte diskriminierende Rollenklischees fortgesetzt und festgeschrieben werden.

Die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ist menschenfeindlich. Sie ist der Versuch des Staates, die Kontrolle über die Frauen als die zur Regeneration der Gesellschaft Fähigen, in festen Händen zu halten. Doch

trotz dieser Vormundschaft haben Frauen in der Vergangenheit immer wieder Möglichkeiten gefunden, ungewollte Schwangerschaften zu beenden. Gesetzliche Regelungen wie der § 218 entscheiden also eigentlich nicht darüber, ob abgetrieben wird, sondern wie abgetrieben wird - ob Frauen mit medizinischer Fürsorge und Hilfe oder in entwürdigender und gesundheitsgefährdender Hinterhofatmosphäre ungewollten Schwangerschaften ein Ende setzen. Wir treten deshalb mit allem uns möglichen Engagement ein für eine Regelung, die es Frauen möglich macht, frei über Austragung oder Abbruch ungewollter Schwangerschaften zu entscheiden.

Frauen, die ungewollt schwanger werden, brauchen Unterstützung, um zu einer Entscheidung finden zu können. Diese Unterstützung finden sie oft nicht in der näheren Umgebung, bei Eltern, Partnern oder Freunden, da diese in eigener Sache voreingenommen für oder gegen den Abbruch plädieren. Für diese Unterstützung muß es Beratungsstellen geben, deren Aufsuchen allerdings auf freiwilliger Basis beruhen muß. Auch wir wollen eine solche Beratungsstelle innerhalb eines Leipziger Familienzentrums aufbauen. Wir wollen da sein für die Sorgen und Nöte ungewollt Schwangerer, ihnen rechtlich zur Seite stehen und Wege zur Lösung der Probleme, die die Entscheidung beeinflussen, aufzeigen. Dabei wollen wir aber nicht für oder gegen den Abbruch beraten. Gleichzeitig wollen wir in dieser Beratungsstelle über breit gefächerte Möglichkeiten der Schwangerschaftsverhütung informieren - ein Thema, das für Kinder und Erwachsene gleichermaßen wichtig ist. Denn durch gründliche Informationen kann auch die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche um einiges vermindert werden. Wesentlich weniger Abbrüche allerdings würden stattfinden, wenn der Staat endlich seiner Aufgabe der Sorge für bereits geborenes Leben nachkommen würde.

Kathrin Walther, Leipzig